

# Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Sloty. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.



**Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.**



Anzeigen nimmt die Geschäftsstelle dieser Zeitung entgegen. Die achtspaltige Kleinzeile kostet je mm 10 Groschen, auswärts je mm 12 Gr. Reklame-mm 40 Groschen. Bei gerichtl. Betreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

**Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2**  
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 177

Dienstag, den 15. November 1927

45. Jahrgang

## Briand über seine Friedenspolitik

### Europas Schicksal in Frankreichs Händen

#### Vierzehn Millionen Türken

Ein Volk, das leben will.

Von Dr. Wilhelm Feldmann.

Stambul, im November.

Das neue Kabinett Tsmet-Pascha, das sich von dem bisherigen Kabinett Tsmet-Pascha in seiner Zusammensetzung nur wenig unterscheidet und die gleiche Reformpolitik fortführen wird, hat sich gestern der Nationalversammlung in Angora vorgestellt. Die Nationalversammlung hat dem Kabinett einstimmig ihr Vertrauen ausgesprochen, was zu erwarten war, zumal es eine Opposition im türkischen Parlament überhaupt nicht gibt. Tsmet-Pascha hat um das Vertrauensvotum in einer Rede in der er nochmals das schon bekannte Programm der kemalistischen Regierung darlegte. Eine Stelle seiner Rede wurde von der Nationalversammlung besonders stark und lange befaßt.

Diese Stelle lautete: „Durch die Volkszählung ist völlig unwiderleglich festgestellt worden, daß die Einwohnerzahl der Türkei annähernd vierzehn Millionen beträgt.“

Der langanhaltende Beifall, mit dem die Nationalversammlung diese Mitteilung begrüßt hat, markiert wie ein Aufatmen nach schwerer Sorge an. Tatsächlich haben viele türkischen Politiker trotz aller optimistischen Zusicherungen, die man in Regierungskreisen zur Schau bringt, das Ergebnis der ersten türkischen Volkszählung vom 28. Oktober mit geheimem Bangen erwartet. Sie fürchteten, daß die Einwohnerzahl der Türkei nach den schweren Verlusten der letzten Kriege und nach der Abwanderung des griechischen Volks Elements aus Kleinasien höchstens zehn Millionen erreichen werde.

Nach der Volkszählung an deren ehrlicher Durchführung unter oberster Leitung des Belgiers Jacquart nicht gezweifelt werden kann, hat die Türkei genau 13 749 201 Einwohner. Die neuesten deutschen Erdkundebücher gaben die Einwohnerzahl mit 13 242 000 an. Diese auf amtlicher Schätzung beruhende Ziffer war also um eine halbe Million zu niedrig — kein Wunder, wenn man bedenkt, daß in der türkischen Bevölkerung bisher eher die Neigung bestand, Existenzen der amtlichen Buchung zu entziehen.

Die Einwohnerzahl der „asiatischen Türkei“ — um die den Geographen teure, den türkischen Amtsstellen natürlich unbekannte Unterabteilung aufrechtzuerhalten — wurde bisher auf 12 Millionen geschätzt. Sie beträgt genau 12 559 199. Auf die „europäische Türkei“ mit Einfluß des gesamten Wilajets Stambul entfallen nur 1 090 002 Einwohner.

Die größte Ueberraschung war das Volkszählungsergebnis von Stambul. Die frühere Hauptstadt zählt nur noch 699 692 Einwohner (354 013 Männer und 345 589 Frauen). Die neuesten deutschen Handbücher geben Stambul noch 1 203 000 Einwohner. Man glaubte hier allgemein, daß die Einwohnerzahl immerhin noch die Ziffer 800 000 überkreuzen werde. Aber das ganze Wilajet Stambul, dessen Bewohner amtlich auf eine Million geschätzt wurden, zählt nur 806 993 Einwohner.

Dieser starke Bevölkerungsrückgang in Stambul erklärt sich nur zum kleineren Teil durch die Verlegung der Hauptstadt nach Angora, denn Angora selbst zählt nur 74 784 Einwohner (49 439 Männer und 25 345 Frauen). Stambul hat viele Bewohner durch die Abwanderung von Griechen, Armeniern und selbst Spaniern verloren. Die ausländische Bevölkerung von Stambul hat gleichfalls abgenommen, seitdem die Verarmung des türkischen Volkes den Handel lähmt und der Durchgangsverkehr nach dem Schwarzen Meer infolge der bolschewistischen Handelsbeschränkungen stark vermindert ist.

Die türkische Regierung plant allerlei Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft von Stambul. Man denkt vor allem an die Schaffung eines Freihafens. Der unerwartet große Bevölkerungsrückgang, den die Volkszählung jetzt enthüllt hat, wird vermutlich die beschleunigte Ausführung dieser Pläne zur Folge haben.

Das Wilajet Stambul behauptet trotz des Rückganges seinen Rang als volkreichste Provinz der Türkei. Es folgen in erheblichem Abstand die Wilajets Smyrna (532 009 Einwohner), Konstantinopel (502 228), Karassik (420 713), Bursa (399 545) und Saruhan (372 562).

Das Gebiet der Türkischen Republik umfaßt 1 250 800 Quadratkilometer. Deutschland hat bei etwas mehr als einem Drittel dieses Gebietes (468 716 Quadratkilometer) rund 62,5 Millionen Einwohner. Die Türkei ist also im Vergleich mit Deutschland überaus dünn bevölkert.

Bisher ist in diesem Lande nichts geschehen, um die normale Zunahme der Bevölkerung zu sichern. Im Gegenteil, unter dem alten Regime wurden türkische Existenzen sinnlos vergeudet. Die kemalistische Regierung will eine gesunde Bevölkerungspolitik treiben. Die Organisierung der Volkszählung, die 1930 wiederholt werden und dann alle fünf Jahre stattfinden soll, hat nicht zuletzt den Zweck, die Grundlage für solche Bevölkerungspolitik zu schaffen.

Paris. Der französische Außenminister hielt Sonntag auf einem Bankett der Republikanischen Parteien eines Wahlbezirkes in Nantes eine Rede. Zu Beginn seiner Ausführungen wies Briand auf seine Bemühungen für den Frieden während seiner kurzen Regierungszeit im Jahre 1921 hin. Bereits damals habe er die ersten Versuche gemacht, der Welt einen dauerhaften Frieden zu sichern. Die damalige Gesandtschaftung sei aber für den Frieden noch nicht genügend vorbereitet gewesen. Als ihm die Leitung des Auswärtigen Amtes erneut übertragen worden sei, habe er seine Bemühungen fortgesetzt. Man könne von seiner Politik sagen, was man wolle, sicher sei jedenfalls, daß sie dem noch sehr unruhigen Europa den Frieden erhalten habe. Man müsse sich fragen, ob, wenn der Völkerbund nicht bestehen würde, und an Stelle der von ihm, Briand, geführten Friedenspolitik eine andere Politik verfolgt worden wäre, nicht gewisse Ereignisse die Völker bereits erneut in einen blutigen Zusammenstoß geworfen hätten. Zu diesem Zusammenhang erinnerte Briand an die Verlegung des bulgarisch-südwestlichen Konfliktes durch den Völkerbund. Seine Ausführungen schloß Briand mit den Worten: „Frankreich habe von einem neuerlichen Kriege, selbst wenn er wieder mit einem Siege der Franzosen enden sollte, keinerlei Vorteile zu erwarten. Frankreich sei in seinem vollen Umfange wieder hergestellt. Es sei angegriffen worden und es habe sich verteidigt. Die französische Fahne, die Fahne des Rechtes und der Freiheit, habe gesiegt. Jetzt könne Frankreich, um sich selbst treu zu bleiben, nur eines unternehmen: sich fest entschließen dem Frieden zuwenden und die Völker einladen, für den Fall eines Angriffes die juristische Lösung des Konfliktes zu organisieren. Juristische Lösungen zu suchen, schließt keineswegs aus, die notwendigen Vorkehrungsmaßnahmen zu treffen, die, falls die friedlichen Lösungen vergebens wären, unerlässlich seien.“

## Großwahltag in Danzig und im Reich

### Erfolge der Linken, Niedergang der Rechten

#### Ergebnisse in Danzig

Danzig, Da 335 Wahlkreise liegt das Ergebnis aus 324 Wahlkreisen vor:

- Polnische Partei (Allgemeine Arbeiterpartei) 469.
- Arbeiterpartei 2 55.
- Bürgerliche Arbeiterpartei 3 3710.
- Danziger Hausbesitzerpartei 4 1270.
- Danziger Wirtschaftsbund 5 5550.
- Deutscher-Danziger Volkspartei 6 7400 (Verlust 100).
- Deutscher-Liberaler Partei 7 5700.
- Deutsche Mittelstands- und Arb.-P. 8 928.
- Deutschnationale Partei 9 23 400 (Verlust 23 690).
- Deutscher-sozialer Partei 10 1770 (Verlust 8600).
- Verfassungspartei 11 1864.
- Kommunisten 12 10 940 (Verlust 4000).
- Nieter- und Gläubigerpartei 13 3200 (Gewinn 1600).
- Nationalliberale Bürgerpartei 14 7600 (Verlust 3500).
- Verbundene 15 Liste der nat.-soz. Arb.-Partei und der Aufwachungs- und Volksrechtspartei 16 1350.
- Polnische 16 Liste 16 1610 (Verlust 2600).
- Sozialdemokratische Partei 17 56 600 (Gewinn 16 900).
- Wirtschaftsliste 18 2226.
- Zentrumsliste 19 23 250 (Gewinn 2100).

#### Die Bremer Bürgerwahlen

Bremen. Vorläufiges Ergebnis Bremen Stadt und Land: Einheitsliste 50 376. Deutsche Volkspartei 30 400. Deutschnat. Volkspartei 16 342. Polnische 7191 (gleich 53 933.) Demokraten 17 852 (19 947). Zentrum 4056 (3612). Hausbesitzer 15 315 (12 560). Bodenreformer 1868. Volksrechtspartei 1073. Sozialdemokraten 74 666 (60 516). Kommunisten 18 163 (14 828). Von 211 003 Wahlberechtigten im Stadtgebiet Bremen 184 506 abgegebene Stimmen.

#### Wahlergebnis der Rostocker Stadtverordnetenwahlen

Rostock. Das vorläufige amtliche Gesamtergebnis der gestrigen Stadtverordnetenwahlen in Rostock gestaltet sich wie folgt: Wirtschaftliche Arbeitergemeinschaft 7287 (10 985) Seite 13 (20). Sozialdemokraten 15 124 (10 383) Seite 26 (19). Gruppe für Volkswohlfahrt 2869 (4863) Seite 5 (6).

Die türkische Presse hat das Zählungsergebnis gleich der Nationalversammlung wie einen Sieg begrüßt. Sie betrachtet die Tatsache, daß die Einwohnerzahl trotz aller Verluste der letzten Jahre in solcher Höhe verharren konnte, als einen Beweis für den Lebenswillen des türkischen Volkes. Sie erhofft eine rasche Bevölkerungszunahme, sobald die Regierungsmassnahmen zum Schutz der Volksgesundheit durchgeführt sind.

Die wissenschaftliche Welt wird es begrüßen, daß endlich zuverlässige Angaben über die Bevölkerung der Türkei vorliegen. Das umfangreiche statistische Material, das die Volkszählung vom 28. Oktober mitgegeben hat, soll so bald wie möglich veröffentlicht werden.

- Polnische 1426 (3471) Seite 2 (6).
- Kommunisten 2108 (2988) Seite 3 (5).
- Demokraten 1081 (1413) Seite 1 (2).
- Wirtschaftspartei 3304 (—) Seite 5 (—).
- Haus- und Grundbesitzerliste 2999 (—) Seite 5 (—).
- Die Wahlbeteiligung betrug etwa 65 bis 66 Prozent.

In Rostock ist damit genau, so wie in anderen Städten Mecklenburgs, die gestern Stadtverordnetenwahlen hatten, ein Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen zu verzeichnen. Da die Partei für Volkswohlfahrt (Nieter- und Hypothekengläubiger) die Politik der Linken unterstützt, so ergibt sich in der Rostocker Stadtverordnetenversammlung eine Linksmehrheit. Das gleiche Bild ergibt sich in Güstrow, wo die Sozialdemokraten und die Gruppe für Volkswohlfahrt zusammen über eine Mehrheit ohne die Kommunisten verfügt. Starke Verluste haben die Polnischen erlitten, die in Rostock seit den letzten Stadtverordnetenwahlen 1/3 ihrer bisherigen Stimmenzahl verloren haben.

#### Deutscher Wahlerfolg in Bromberg

5 deutsche und 1 polnisches Mandat bei den Bromberger „Landwirtschafts“-Wahlen. — 78 Prozent deutscher Wähler. — Hat Bromberg nur 8,8 Prozent Deutsche?

Die „Bromberger Volkszeitung“ berichtet: Bei den Wahlen zu den sogenannten „Landchaften“ (Ziemstwo Kredytowe Poznańskie), die am 4. November in Bromberg stattfanden, erhielten die Deutschen 5 Mandate. Das einzige polnische Mandat erhielt der Vertreter der Pommereller Kreise.

Es stimmten 78 Prozent Deutsche und 12 Prozent Polen! Wenn gewisse Hafatistenblätter meinen, daß das Wahlergebnis nichts mit den Nationalitätsverhältnissen zu tun haben, sondern nur auf die größere Gleichgültigkeit der polnischen Kreise zurückzuführen sei, so wollen wir hierüber nicht streiten. Mögen sie recht haben; geht aber doch auch hier zur Gemüte hervor, daß die polnische Bevölkerung das Vertrauen zu gewissen hohen Herren verloren hat und daß die kleine deutsche Minderheit (die in Bromberg selbst nur noch 8,8 Prozent betragen soll) solche überwältigenden Siege (5:1) erringen kann.

#### Verstärkung der italienisch-jugoslawischen Beziehungen

Keine Aussicht auf eine Begegnung Mussolinis-Marintowitsch.

Paris. Der jugoslawische Minister des Auswärtigen, Marinowitsch, wird entgegen den bisherigen Informationen nicht über Rom, sondern direkt nach Belgrad zurückkehren. Der Zweck einer Unterredung mit Mussolini, so erklärte Marinowitsch gegenüber Pressevertretern, wäre gegenwärtig nicht direkt ersichtlich. In den letzten Monaten habe sich die jugoslawische Diplomatie bemüht, mit Italien einen Freundschaftsvertrag, der dem beiden unterzeichneten französisch-jugoslawischen Abkommen ähnlich sein sollte, zustande zu bringen. Mussolini habe jedoch den jugoslawischen Gesandten in Rom während zweier Monate auf einen Empfang durch ihn warten lassen. Um den Charakter und Sinn des französisch-jugoslawischen Vertrages zu stärken, müßte die Initiative nunmehr von der italienischen Regierung ausgehen.

